



Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IWH-Pressemitteilung 26/2007

SENDESPERRFRIST: 12. Juli 2007, 14.00 Uhr

SPERRFRIST: 12. Juli 2007, 15.00 Uhr

Konjunktur aktuell:

Aufschwung in Deutschland ungebrochen

Langfassung in Mail

Ansprechperson: Prof. Dr. Udo Ludwig (Tel.: 0345/7753 800)

Halle (Saale), den 12. Juli 2007

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale) Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 7753-60 Fax: (0345) 7753 820 <http://www.iwh-halle.de>

Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland ungebrochen

Im Sommer 2007 setzt sich der Aufschwung in der Europäischen Union und in Japan fort, während die Schwächephase der Konjunktur in den USA anhält. Die Wachstumsdynamik in Ostasien ist weiterhin sehr hoch. Von Seiten der Finanzmärkte stellt sich das Umfeld für den weltwirtschaftlichen Aufschwung nicht mehr so günstig dar wie zu Jahresbeginn: Die Kapitalmarktzinsen sind in den USA um knapp, im Euroraum um gut einen halben Prozentpunkt gestiegen. Die Verringerung der Renditedifferenz ist wohl der wesentliche Grund für die jüngste Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. In den meisten Währungsräumen scheint die Serie von Zinsanhebungen noch nicht beendet zu sein; für die USA wird nicht mehr mit baldigen Zinssenkungen gerechnet.

Auf den Märkten für Risikokapital steigt die Volatilität. Auch wegen nicht mehr ganz so günstiger Finanzmärkte wird der Aufschwung in Japan und im Euroraum dieses Jahr etwas an Schwung verlieren. Die Wirtschaft in den USA gerät zwar nicht in eine Stagnation, aber die Trendwachstumsrate wird erst im Jahr 2008 wieder erreicht. Zu diesem Zeitpunkt ist auch die Immobilienkrise im wesentlichen durchgestanden.

Risiken drohen vom erneuten Ölpreisanstieg. Bisher ist der Aufschwung mit den Energiepreiserhöhungen erstaunlich gut zurechtgekommen, nicht zuletzt wegen der niedrigen Zinsen. Dabei hat geholfen, daß Erdölexporteure und ostasiatische Länder wie China ihre hohen Leistungsbilanzüberschüsse dazu genutzt haben, ihre Anlagen vor allem in US-Staatsschuldtiteln drastisch aufzustocken. Risikokapital könnte sich aus Unternehmenssicht sogar noch weiter verbilligen, wenn russische oder chinesische Staatsfonds, wie angekündigt, tatsächlich vermehrt in Anlagen investieren, die ertragreicher sind als US-Staatsschuldtitel.

In Deutschland hat sich der konjunkturelle Aufschwung im ersten Halbjahr vorübergehend abgeschwächt. Die Sondereffekte vom vergangenen Jahr – vor allem die zusätzlichen Käufe der privaten Haushalte im Vorfeld der Mehrwertsteueranhebung und die Abschaffung der Eigenheimzulage – sowie deren Nachwirkungen haben, wie prognostiziert, den Produktionszuwachs gedämpft. Insbesondere gilt dies für den Konsum der privaten Haushalte, der infolge der restriktiven Finanzpolitik rückläufig war, aber auch für die Bauinvestitionen, deren Anstieg sich abgeschwächt hat.

Nach der kurzen Delle im Frühjahr zieht die Konjunktur wieder an. Die Zuversicht der Unternehmen ist ungebrochen, das finanzielle Umfeld für Investitionsentscheidungen trotz gestiegener Kapitalmarktzinsen immer noch recht günstig. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist nach wie vor überdurchschnittlich hoch und regt Erweiterungen des Produktionsapparates an. Lediglich im Wohnungsbau hält die Rückführung des von Sondereffekten getriebenen hohen Niveaus im Winterhalbjahr auf einen langfristig tragfähigen Stand an. Vor allem aber hat der mit dem Beschäftigungsaufbau verbundene Einkommenszuwachs die finanzielle Lage und die Verdienstperspektiven allmählich soweit verbessert, daß die privaten Haushalte ihre Ausgaben für den Konsum deutlich erhöhen werden.

Im kommenden Jahr setzt sich der Aufschwung verlangsamt fort. Gestiegene Zinsen sowie die Aufwertung des Euro gegenüber US-Dollar und Yen zeigen Wirkung, ebenso der zu erwartende Anstieg der Arbeitskosten. Allerdings dämpft die Finanzpolitik kaum noch. Die Inlandsnachfrage verliert dank des weiter steigenden Konsums der privaten Haushalte nur wenig an Schwung. Die Dynamik der Unternehmensinvestitionen dürfte dagegen nachlassen. Schließlich bleibt die Außenwirtschaft eine wichtige Kraft für den Produktionsanstieg, wenngleich die Exporte infolge der Kostensteigerung langsamer zunehmen werden.

Der Aufschwung verläuft weitgehend spannungsfrei. Trotz angehobener Mehrwertsteuer nehmen die Verbraucherpreise in diesem Jahr nur um 1,9% zu. Im nächsten Jahr verringert sich die Teuerung geringfügig. Von den absehbaren Lohnsteigerungen geht keine Gefahr für die Preisstabilität aus.

Das Bruttoinlandsprodukt steigt nach dieser Prognose in diesem Jahr um 2,6% und im nächsten um 2,5%. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt im Jahr 2008 unter die 3,5 Millionen-Marke.

Der kräftige Aufschwung führt zu steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Ausgaben der Arbeitslosenversicherung. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit fällt in diesem Jahr auf 0,2% des nominalen Brutto-

inlandsprodukts. Trotz der Mindereinnahmen infolge der Unternehmensteuerreform dürfte im nächsten Jahr ein Überschuß erreicht werden.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2007 und 2008

	2006	2007	2008
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,8	0,6	1,9
Staatskonsum	1,5	2,1	1,1
Anlageinvestitionen	5,6	5,2	2,7
Ausrüstungen	7,3	8,0	4,5
Bauten	4,3	3,0	1,2
Sonstige Anlagen	5,9	6,0	4,0
Inländische Verwendung	1,7	2,2	2,0
Exporte	13,0	8,0	7,8
Importe	11,6	7,9	7,4
Bruttoinlandsprodukt	2,8	2,6	2,5
dar.: Ostdeutschland*	3,0	3,3	2,7
Nachrichtlich: USA	3,3	1,9	2,9
Euroraum	2,7	2,6	2,4
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,6	1,3	0,6
Tariflöhne je Stunde	1,1	1,9	2,5
Effektivlöhne je Stunde	0,4	2,1	2,6
Lohnstückkosten ^a	-1,8	0,2	0,6
Verbraucherpreisindex	1,7	1,9	1,7
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	39 090	39 580	39 862
Arbeitslose ^c	4 487	3 780	3 445
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,3	8,7	8,0
Finanzierungssaldo des Staats	-1,6	-0,2	0,2

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 11.07.2007).

Angesichts des Überschusses der Bundesagentur für Arbeit werden zur Zeit weitere Beitragssenkungen bei der Arbeitslosenversicherung diskutiert. Zwar wirkt sich eine Senkung von Sozialversicherungsbeiträgen günstig auf Beschäftigung und Produktion aus. Eine Beitragssenkung in Zeiten rückläufiger Arbeitslosigkeit birgt aber die Gefahr, daß die nächste Beitragserhöhung in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit bereits vorprogrammiert ist. Der Beitrag würde seine Rolle als automatischer Stabilisator des Konjunkturzyklus verlieren. Eine weitere Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung ist deshalb erst dann zu empfehlen, wenn in der nächsten konjunkturellen Schwächephase erkennbar wird, daß eine Beitragssenkung über den Zyklus hinweg nachhaltig sein kann.

Die EZB wird die Leitzinsen bis zum Jahresende um zwei weitere ¼ Prozentpunkte anheben. Die Geldmarktzinsen werden dann leicht über dem Niveau liegen, welches als neutral anzusehen ist. Darüber hinausgehende Zinssteigerungen sind, auch angesichts der monetären Entwicklungen im Euroraum, nicht angemessen.

Arbeitskreis Konjunktur
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)